

Protokoll

Gremium: Jugendhilfeausschuss

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 07.09.2022
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:28 Uhr
Sitzungsort: Kreishaus Westerstede, Sitzungssaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Susanne Miks

Mitglieder

Herr Dirk Bakenhus

Herr Hartmut Bollen

Frau Maria Bruns

Frau Merle Heßler

ab 16:15 Uhr

Frau Beate Logemann

Herr Stefan Pfeiffer

Frau Irmgard Stolle

Frau Ute Treber

Frau Kira Wiechert

hinzugewählte Mitglieder

Frau Margrit Loechel, AG der freien Wohlfahrts

beratendes Mitglied

Herr Dietmar Biniasz, Vertreter der kath. Kirche

Herr Jörg Busch, Erzieher einer Kindertagesstätte

Frau Ute Fründt, Interessen ausländerischer Kinder

Frau Petra Janzing, Vertreterin Untere Schulbehörde

Frau Gleichstellungsbeauftragte Anja Kleinschmidt

Herr Regionaljugendreferent Johannes Maczey

Herr Martin Staubwasser, Richter am Amtsgericht

von der Verwaltung

Herr Erster Kreisrat Thomas Kappelmann

Herr Kreisrat Ingo Rabe

Frau Diana Fedder-Heikens

Herr Ansgar Melter, Amtsleiter Beratungsstelle

Frau Alena Schulz, Kreisjugendpflegerin

Frau Kreisamtsfrau Irmtraud Tepe

Protokollführerin

Frau Annemarie Schröder

Abwesend:

Frau Evelyn Fisbeck

Herr Frank Lukoschus

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.02.2022
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Bericht der Leiterin des Jugendamtes
- 7 Bericht der Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern, Jahresbericht 2021
Vorlage: MV/056/2022
- 8 Verein: Konfliktschlichtung e.V. Hier: Antrag auf Gewährung eines Zuschusses für das Oldenburger Interventionsprojekt (Olip) für das Jahr 2023
Vorlage: BV/106/2022
- 9 Bericht der Kreisjugendpflegerin
- 10 Richtlinie zur Förderung von Jugendpflegemaßnahmen und Kindertageseinrichtungen Hier: Entfristung der Förderung von Tagesfahrten
Vorlage: BV/110/2022
- 11 Präventionsstrategie „Communities That Care – CTC“ Hier: Entscheidung über die Einführung der Präventionsstrategie im Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/111/2022
- 12 Antrag der Gemeinde Apen auf Gewährung von Investitionskostenzuschuss für die Schaffung von 25 neuen Kindergartenplätzen in der Kindertagesstätte „Unterm Regenbogen in Apen, Schulpadd 6
Vorlage: BV/112/2022
- 13 Haushaltsplan 2023; Darstellung der wesentlichen Produkte
Vorlage: MV/055/2022
- 14 Haushaltsplan 2023; Teilhaushalte Jugendamt und Beratungsstelle
Vorlage: BV/109/2022
- 15 Mitteilungen der Landrätin
- 16 Anfragen und Hinweise
- 17 Einwohnerfragestunde
- 18 Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzende Miks eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Sitzung auf Tonträger aufgenommen und diese Aufzeichnung nach Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vors. Miks stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Vors. Miks bittet darum, die Tagesordnungspunkte 9 und 10 in der Reihenfolge zu tauschen.

Die geänderte Tagesordnung wird sodann einstimmig festgestellt.

Zu TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.02.2022

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 5 Einwohnerfragestunde

a) Frau Sabine Ahlers ist Mitarbeiterin in der Tagespflege. Sie nehme stellvertretend für alle Tagesmütter im Ammerland an der Sitzung teil und führt aus, dass ein kurzfristig gestellter Antrag auf Erhöhung der Sachkostenpauschale aufgrund der gestiegenen Energiekosten und um Corona-Ausfalltage für ein Jahr in der heutigen Sitzung keine Berücksichtigung mehr finden konnte. Sie fragt nach, ob die Möglichkeit bestehe, den Antrag in die Tagesordnung mit aufzunehmen und zu beraten.

KR Rabe erwidert, dass der Antrag am 30. August eingegangen sei und für die heutige Sitzung aufgrund nicht eingehaltener Fristen leider nicht mehr berücksichtigt werden konnte. Die Kreistagsabgeordneten müssten über entsprechende Anträge rechtzeitig vorher informiert werden, um die Sachlage in den Fraktionen beraten zu können.

KR Rabe erläutert, dass die Tagespflegepersonen aufgrund der gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten eine Erhöhung der Sachkostenpauschale beantragt hätten. Die Sachkostenpauschale sei in einer Satzung festgelegt. Satzungsänderungen dürften nur vom Kreistag beschlossen werden. Er weist darauf hin, dass sich auch die Jugendämter in den umliegenden Landkreisen mit dem Problem befassen. Es sei beabsichtigt, sich mit den verschiedenen Jugendämtern und dem Land abzustimmen und möglichst eine einheitliche Lösung herbeizuführen. Der Antrag werde

für den nächsten Jugendhilfeausschuss in die Tagesordnung mit aufgenommen und im Frühjahr dem Kreistag zur Beschlussfassung vorgelegt. Eine Satzungsänderung könne dann ggf. rückwirkend zum 01.01.2023 in Kraft treten.

b) Frau Bartels, Vertreterin der Tageseltern, fragt nach den Sonderregeln im Krankheitsfall durch die Corona-Pandemie für Tagesmütter.

KAR Fedder-Heikens antwortet, dass die Regelungen in der Satzung beschrieben seien. Allerdings habe man während der Pandemie die Ausfallzeiten wegen Corona-Erkrankungen der Kinder und auch der Tagespflegeperson weitergezahlt.

Frau Bartels erläutert, dass den Tageseltern 20 Krankentage zur Verfügung stünden, die durch Corona-Ausfallzeiten sehr schnell aufgebraucht seien.

KR Rabe führt aus, dass die 20 zustehenden Krankentage für den Normalfall angemessen seien. In Pandemie-Zeiten müssten andere Regelungen gefunden werden. Dies sei bisher auch gelungen.

Zu TOP 6 Bericht der Leiterin des Jugendamtes

KAR Fedder-Heikens berichtet, dass das letzte halbe Jahr unter dem Einfluss des Ukraine-Krieges gestanden habe. Das Leid der aus der Ukraine Vertriebenen habe auch im Landkreis Ammerland eine große Welle der Hilfsbereitschaft ausgelöst. Erfreulich sei gewesen, dass sich nach einem Aufruf durch die Presse beim Jugendamt über 70 Familien bereit erklärt hätten, unbegleitete Minderjährige und Jugendliche aufzunehmen. Sie dankt allen Familien, die sich spontan gemeldet und Hilfe angeboten hätten. Es seien nur wenig unbegleitete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine im Ammerland eingetroffen. Es hätten bisher nur sechs Jugendliche in Familien untergebracht werden müssen.

KAR Fedder-Heikens erinnert an die in der letzten Sitzung gegebenen Ausblicke aufgrund der Corona-Pandemie und den damit verbundenen erhöhten Hilfebedarf der Kinder und Jugendlichen und deren Familien. Die Fallzahlen im Bereich der sozialpädagogischen Erziehungshilfe und Erziehungsbeiständen sowie in der Lernförderung und der Schulbegleitung seien weiter steigend. Die Kinder- und Jugendpsychiatrischen Kliniken seien überfüllt und hätten keine Aufnahmekapazitäten mehr. Des Weiteren seien auch die stationären Einrichtungen der Jugendhilfe ausgelastet. Sehr drastisch sei die Situation bei Inobhutnahmestellen. Sie teilt Einzelheiten mit.

KAR Fedder-Heikens geht in ihrem weiteren Bericht anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1) auf aktuelle Fallzahlen ein und führt zu Kinderwohlgefährdungsmeldungen aus, dass keine steigende Tendenz zu erkennen sei, und die Fälle in etwa gleichbleibend mit dem Vorjahr seien. Bei den Inobhutnahmen sei die Lage anders zu bewerten, da oft Geschwisterkinder aus verschiedenen Gründen wie z. B. bei Gewalt, Drogen- oder Alkoholkonsum in Obhut genommen werden müssen. Auch dadurch würden die Fallzahlen steigen. Im Bereich der sozialpädagogischen Familienhilfe und den Erziehungsbeiständen sei eine deutliche Steigerung zu erkennen. Die Steigerungen seien begründet durch psychische Auffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen wie z. B. Schulverweigerungen, Suizidgedanken, Spielsucht, soziale Abgrenzungen etc. und würden seit der Corona-Pandemie stetig zunehmen.

KAR Fedder-Heikens geht im Weiteren auf die ambulante Eingliederungshilfe ein, die bereits jetzt den Stand vom 31.12.2021 erreicht hätte. Insbesondere die Bereiche Schulbegleitung und Lernförderung nehmen aufgrund vieler Auffälligkeiten hohe Ausmaße an. Anhand eines Beispiels erläutert sie die Situation und einen Lösungsansatz im Sinne einer Poollösung, der bereits im Landkreis Cloppenburg umgesetzt werde. Abschließend geht KAR Fedder-Heikens auf Heimerziehung ein, bei der auffallend 16- bis 17-jährige Jugendliche aufgenommen werden müssen. Hintergrund sei die totale Isolation der Jugendlichen durch die Corona-Pandemie. Steigende Zahlen seien auch bei den Vollzeitpflegeeinrichtungen und den Mutter-Vater-Kind-Einrichtungen zu beobachten.

Abschließend geht KAR Fedder-Heikens kurz auf den aktuellen Stand durch die SGB VIII-Reform ein. Es seien Arbeitsgruppen gebildet worden, in denen u. a. die Entwicklung von Schutzkonzepten für Kinder- und Jugendliche in Pflegefamilien und Tagespflegeeltern erarbeitet werden. Darüber hinaus sei die Neustrukturierung in der Fallarbeit in den Fokus genommen worden. Die Aufgaben würden von den Kolleginnen und Kollegen des Jugendamts zusätzlich zur normalen Arbeitszeit geleistet und bedeute eine höhere Belastung.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 7 Bericht der Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern, Jahresbericht 2021
Vorlage: MV/056/2022**

Herr Melter erstattet den Jahresbericht 2021 und geht auf verschiedene Themen ausführlich ein.

KA Bruns fragt nach, ob Eltern mit Migrationshintergrund Beratungen in Konfliktsituationen in Anspruch nehmen würden.

Herr Melter antwortet, dass vor der Corona-Pandemie sehr viele Familien mit Migrationshintergrund die Beratungsstelle aufgesucht hätten. Mit Beginn der Kontaktbeschränkungen durch die Corona-Pandemie sei diese Personengruppe komplett weggeblieben. Allmählich baue sich der Kontakt wieder auf. Kontakte würden u. a. durch Schulen, durch die KVHS und das Jugendamt vermittelt.

Herr Melter geht im Weiteren auf Kindeswohlgefährdungen ein und macht durch Beispiele auf die Problematik aufmerksam. Abschließend informiert er über die Folgen der SGB VIII Reform und deren Entwicklung. Im Übrigen verweist er auf den schriftlichen Bericht.

KA Stolle geht auf das Projekt „Meine Eltern haben sich getrennt“ ein. Aus dem Bericht sei deutlich geworden, dass überwiegend Eltern mit Mädchen in die Beratungen kommen. Sie fragt nach, wie es gelingen könne, auch Eltern mit Jungen in das Projekt zu integrieren.

Herr Melter erläutert, dass es Beratungsstellen gebe, die Gruppen geschlechtergetrennt anbieten würden. Es gebe aber auch die Variante der gemischten Gruppen, für die die Beratungsstelle des Landkreises Ammerland sich entschieden habe. Für die Gruppen würden die Eltern in der Regel die Bedarfe anmelden, ohne vorher mit

den Kindern Rücksprache zu halten. Es sei in Frage zu stellen, ob ein anderes Konzept erarbeitet werden müsse. Bis auf Weiteres würden die Gruppen in der bestehenden Form weiter angeboten und durchgeführt.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 8 Verein: Konfliktschlichtung e.V. Hier: Antrag auf Gewährung eines Zuschusses für das Oldenburger Interventionsprojekt (Olip) für das Jahr 2023
Vorlage: BV/106/2022**

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen:

Dem Verein Konfliktschlichtung e.V. wird für das Oldenburger Interventionsprojekt (Olip) für das Haushaltsjahr 2023 weiterhin ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 8.000,00 € gewährt.

Zu TOP 9 Bericht der Kreisjugendpflegerin

Kreisjugendpflegerin Schulz trägt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 2) den Bericht vor. Sie gibt Einblicke in die Jugendarbeit 2022 und informiert über die aktuelle Entwicklung. Im Weiteren geht sie auf aktuelle Themenschwerpunkte wie die Entwicklung der Förderungen bezüglich Gruppenfahrten, Zeltlager und Tagesfahrten ein.

Frau Schulz berichtet weiter, dass anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen am 25. November eine Aktion gegen Gewalt durchgeführt worden sei. Sie erinnert in diesem Zusammenhang an das Projekt „Gewalt kommt nicht in die Tüte“ aus dem letzten Jahr und führt aus, dass das Projekt positiv angenommen worden sei. Die Tüten seien an 15 Bäckereien und Bäckerfilialen im Ammerland verteilt worden. Dabei habe es sich um ein Kooperationsprojekt gehandelt zwischen der Gleichstellungsbeauftragten, dem Arbeitskreis häusliche Gewalt und dem Kreispräventionsrat. Die Resonanz auf das Projekt sei sehr positiv gewesen.

Gleichstellungsbeauftragte Kleinschmidt führt ergänzend aus, dass das Projekt sehr erfolgreich gewesen sei. Anhand eines Fotos, das einen Bus der Arbeitsinitiative AiA gGmbH zeigt, macht sie darauf aufmerksam, dass die Busse der AiA mit einem Aufkleber, der den QR-Code der Brötchentüte zu Hilfsangeboten zeige, beklebt seien. Die Aufkleber tragen das Slogan: „Nein zu Gewalt an Frauen und Mädchen“. Die Fahrerinnen der Busse hätten um diese Aufkleber gebeten, um auf die Thematik aufmerksam zu machen. Des Weiteren würden entsprechende Flyer mit Hinweisen zu Hilfsangeboten in den Bussen ausliegen.

Frau Schulz teilt abschließend mit, dass eine Informationskampagne für Seniorinnen und Senioren ab 60 Jahren zum Thema Täuschungsdelikte, wie z. B. den Enkeltrick, geplant sei. Ein erstes Treffen habe stattgefunden. Angedacht sei, alle Seniorinnen und Senioren anzuschreiben und über das Thema zu informieren und Informationsmaterial zur Verfügung zu stellen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 10 Richtlinie zur Förderung von Jugendpflegemaßnahmen und Kindertageseinrichtungen Hier: Entfristung der Förderung von Tagesfahrten
Vorlage: BV/110/2022**

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen:

Die Richtlinie zur Förderung von Jugendpflegemaßnahmen und Kindertageseinrichtungen wird in Punkt 2.9 Förderung von Tagesfahrten wie folgt abgeändert:

2.9 Förderung von Tagesfahrten

Gefördert werden Tagesfahrten, die mindestens sechs Zeitstunden umfassen mit 6,00 € pro teilnehmende Person und Betreuungskraft (im Verhältnis 8 Teilnehmende und 1 Betreuungskraft).

Kreativ-Angebote im Rahmen des Ferienpasses bleiben von der Förderung unberührt.

**Zu TOP 11 Präventionsstrategie „Communities That Care – CTC“ Hier: Entscheidung über die Einführung der Präventionsstrategie im Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/111/2022**

Vors. Miks verweist zu den Einzelheiten auf die umfassende Vorlage. Die Gemeinde Rastede habe die Präventionsstrategie CTC bereits im Jahr 2019 eingeführt. Die Gemeinde Edewecht habe sich ebenfalls für die Einführung von CTC entschieden. Der Landkreis Ammerland wolle in das Projekt einsteigen und es müsse nunmehr überlegt werden, wie man tätig werden könne.

KR Rabe erläutert, dass die Jugendpflege vertraglich an die Gemeinden/Stadt übertragen worden sei. Die kreisweite Einführung des Projektes sei von Seiten des Landkreises vorgeschlagen worden. BM Krause aus der Gemeinde Rastede habe das Projekt bei einer Besprechung mit der Bürgermeisterin und den Bürgermeistern der kreisangehörigen Gemeinden/Stadt ausführlich dargestellt. Er habe u. a. deutlich gemacht, dass die Gemeinde Rastede durch CTC neue Bedarfe erkannt habe. Die Bürgermeisterin und alle Bürgermeister seien sich darüber einig gewesen, dass das Projekt kreisweit eingeführt werden und der Landkreis Ammerland die Koordination übernehmen solle. Für die Implementierung des Systems werde vom Land eine auf zwei Jahre befristete Stelle finanziert, die im Jugendamt angegliedert werden könne.

KA Wiechert fragt nach, ob mit allen Gemeinden und der Stadt Westerstede gesprochen worden sei und ob alle sich damit einverstanden erklärt hätten, dass die Koordination des Projektes beim Landkreis Ammerland integriert werde.

KR Rabe antwortet, dass sich alle Gemeinden und die Stadt Westerstede für die Übernahme der Koordination beim Landkreis Ammerland ausgesprochen hätten. Die bisherigen Erkenntnisse aus den Gemeinden Rastede und Edewecht sollen dabei übernommen werden. Des Weiteren hätten zwei Gespräche mit Fachleuten des Landespräventionsrates stattgefunden, in denen Einzelheiten mitgeteilt worden seien. Im Ergebnis hätten sich alle Anwesenden für das Projekt ausgesprochen. Die Erhebung der Daten sei sehr aufwändig und die Bearbeitung an einer Stelle sei vorteilhafter, als wenn alle Gemeinden/Stadt eigenständig arbeiten würden.

Frau Schulz macht deutlich, dass die Präventionsarbeit weiterhin vor Ort stattfinden solle. Von Vorteil einer kreisweiten Koordination sei die Zusammenarbeit mit den Schulen und die Steuerung von Präventionsmaßnahmen für den gesamten Landkreis, sofern sich Themenschwerpunkte überschneiden. Einzelne Präventionsmaßnahmen ließen sich auch weiterhin durch die Gemeinden oder die Stadt selbst durchführen und einsetzen.

KA Bruns fragt nach, ob die Gemeinde Rastede keine Erhebung durchgeführt habe. Ihrem Verständnis nach, sei die Datenerhebung Grundvoraussetzung für die Arbeit mit der Präventionsstrategie.

KR Rabe erläutert, dass es eine Ersterhebung gebe mit der Erstellung einer Datenbasis. Danach finde ein durchgängiger Prozess statt, der ähnlich zu betrachten sei wie eine Evaluation. Nach der zweijährigen Landesförderung sei die Arbeit nicht abgeschlossen. Die Phase der Implementierung sei sehr aufwändig.

Anhand einer Power-Point-Folie (Anlage 3) macht Frau Schulz deutlich, dass die Gemeinde Rastede alle der darauf abgebildeten Phasen durchlaufen habe. Im nächsten Jahr wolle die Gemeinde Rastede neu in die Bedarfsanalyse einsteigen, um die Evaluation fortzuführen.

KA Bruns fragt nach, ob es darüber Kenntnisse gebe, wie wirksam das CTC sei.

Frau Schulz antwortet, dass der Ansatz in den USA entwickelt worden sei und Studien über die Wirksamkeit des Programms in den USA vorliegen würden. Der Landespräventionsrat, der die Steuerung für Niedersachsen übernommen habe, habe kürzlich eine ähnliche Erhebung in Auftrag gegeben, die derzeit noch nicht abgeschlossen sei. In der Gemeinde Rastede wurde im Rahmen von CTC das Präventionsprojekt „Balu und Du“ durchgeführt, das eine sehr große Reichweite erfahren und positive Resonanz mit sich gebracht habe. Da die Gemeinde Rastede in die erste Evaluierungsphase eintrete, könnten daraus erste Erfahrungen gezogen werden.

KA Stolle sieht das Problem bei der Präventionsarbeit darin, dass längerfristig daran gearbeitet werden müsse. Sie sehe eine Chance in dem Bereich dahingehend, dass ein kleines Stück für einige Kinder und Jugendliche präventiv getan werden könne. Man müsse jeden „Strohalm“ nehmen, um an die Ursachen und Ausgangspositionen heranzukommen. Der Landkreis müsse es schaffen, die Datenbasis zu erarbeiten um erfolgreich tätig werden zu können. Sie hoffe, dass man über das Projekt CTC die Chance bekomme, zeitnah an Maßnahmen und Ansätze heranzukommen. Eine regelmäßige Evaluation halte sie für wichtig. Die Rahmenbedingungen würden sich stetig verändern und man müsse mit einer dynamischen Entwicklung rechnen.

KR Rabe geht auf die Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen ein. Er erinnert in dem Zusammenhang an das im Jahr 2011/2012 begonnene KoLa-Projekt, das sehr erfolgreich umgesetzt worden sei. Er trägt kurz Einzelheiten vor. Der Landkreis habe im Jahr 2011/2012 bei der Schulabbrecherquote bei den allgemeinbildenden Schulen im Landesdurchschnitt gelegen. Im Jahr 2016 habe der Landkreis die niedrigste Quote in Niedersachsen erreicht. Er weist darauf hin, dass das Projekt KoLa jährlich eine siebenstellige Summe koste. Der Landkreis Ammerland gebe für Lernförderung mehr Geld aus als jede andere Kommune in Niedersachsen, gemessen an seiner Schülerzahl.

Frau Janzing führt aus, dass sie Lehrerin an der Oberschule in Edeweicht sei und sie die Befragung der Schülerinnen und Schüler miterlebt habe. Sie sehe mit der Befragung eine große Chance, weil man den Blick verändere und den Fokus anders ansetze. Sie halte das Projekt für sinnvoll und hilfreich.

Dem Kreisausschuss wird mit einer Gegenstimme mehrheitlich vorgeschlagen:

Die Präventionsstrategie CTC wird landkreisweit eingeführt. Die Koordination übernimmt der Landkreis Ammerland. Die Einführung steht unter dem Vorbehalt der Bewilligung der notwendigen Personalkosten durch das Land Niedersachsen.

**Zu TOP 12 Antrag der Gemeinde Apen auf Gewährung von Investitionskostenzuschuss für die Schaffung von 25 neuen Kindergartenplätzen in der Kindertagesstätte „Unterm Regenbogen in Apen, Schulpadd 6
Vorlage: BV/112/2022**

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Der Gemeinde Apen wird für den Anbau an der Kindertagesstätte „Wichelhuus“ und der damit verbundenen Schaffung von 25 neuen Kindergartenplätzen in der Kindertagesstätte „Unterm Regenbogen“ eine Zuwendung in Höhe von 4.000,00 € je neu geschaffenen Platz, insgesamt 100.000,00 € gewährt. Die Zuwendung wird vorbehaltlich der Einplanung entsprechender Finanzmittel im Haushaltsplan 2023 des Landkreises Ammerland bewilligt.

**Zu TOP 13 Haushaltsplan 2023; Darstellung der wesentlichen Produkte
Vorlage: MV/055/2022**

EKR Kappelmann verweist auf die Vorlage und führt ergänzend aus, dass sich von den sechs wesentlichen Produkten zwei auf Tageseinrichtungen für Kinder beziehen. Er weist auf das Produkt 36.5 hin, das die Investitionszuschüsse an die Gemeinden abbilde. Er merkt an, dass innerhalb der letzten vier Jahre die Zahl der Kinderbetreuungsplätze um ca. 800 Plätze erweitert worden sei. Die Dynamik habe im Jahr 2022 zwar abgenommen, aber es sei davon auszugehen, dass weitere zusätzliche Kindertagesstätten geschaffen werden müssen. Er gibt zu bedenken, dass dadurch die Investitionsförderung des Landkreises erheblich ansteigen werde, aber auch die Finanzierung und die Folgekosten für die Gemeinden und die Stadt Westerstede erheblich steigen werden.

EKR Kappelmann weist im Weiteren auf das Produkt Hilfe zur Erziehung auf Seite 4 der Vorlage hin und führt aus, dass bei der sozialpädagogischen Familienhilfe und den Beistandschaften die Halbjahreszahlen 2022 darauf hindeuten, dass die Vorjahreszahlen deutlich überschritten werden. In der Folge müsse davon ausgegangen werden, dass die Kostenansätze für 2022 und möglicherweise auch für 2023 nicht ausreichend seien. Für sozialpädagogische Familienhilfe und Beistandschaften wende der Landkreis rd. 4 Mio. Euro jährlich auf. Für diese Aufwendungen gebe es keine Refinanzierung von Bund und Land.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 14 Haushaltsplan 2023; Teilhaushalte Jugendamt und Beratungsstelle
Vorlage: BV/109/2022**

Es wird einstimmig beschlossen:

Die beigefügten Ansatzplanungen für die Teilhaushalte Jugendamt und Beratungsstelle werden dem Kreistag über den Haushalts- und Personalausschuss und dem Kreisausschuss zur Einplanung vorgelegt.

Zu TOP 15 Mitteilungen der Landrätin

Keine Mitteilungen.

Zu TOP 16 Anfragen und Hinweise

Keine Anfragen und Hinweise.

Zu TOP 17 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 18 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vors. Miks schließt die öffentliche Sitzung.